

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Goldmark
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle Stuttgart, Adlestraße 10
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Hilfsgeltern aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Stinnes-Bleibe

Wer kennt nicht den hübschen Wit von jenem barmherzigen Mann, der seinem Pudel den Schwanz stützen wollte; um aber dem armen Tier nicht so große Schmerzen zu machen, schnitt er ihn nicht auf einmal ab, sondern jeden Tag ein Stückchen. Genau so ist die bürgerliche Presse in dem neuesten Fall Stinnes verfahren. Zuerst, Ende Mai, hieß es nur, es seien da zwei Brüder, die sich schlecht miteinander vertragen und deshalb übereingekommen seien, sich geschäftlich zu trennen. Edmund bleibt in Berlin und kriegt Versicherungen und Autos, Hugo der Jüngere regiert von Hamburg aus den Rest. Erst volle zehn Tage später erfährt die Welt so nebenbei, daß gelegentlich dieser Trennung einige kleine Schulden — zum Teil an ausländische Gläubiger — zu begleichen seien, für die der Firma das bare Geld fehle. Zwar seien es nur 20 bis 30 Millionen Mark — was ja wirklich für das Riesenunternehmen eine Bagatelle wäre — aber gleichwohl hätte die Firma sich um Hilfe an die Großbanken wenden müssen, und diese hätten eine Verkleinerung des Konzerns, das heißt den Verkauf eines Teils der Unternehmungen zur Bedingung gemacht. Für jeden, der die wirtschaftlichen Zusammenhänge etwas näher kennt und darüber nachzudenken gewohnt ist, war hiermit schon gesagt, daß weit mehr dahinter stehen muß. Denn wenn eine Firma wie Stinnes nur um einen für sie so kleinen Betrag in augenblicklicher Verlegenheit wäre, bekäme sie den jederzeit von den Banken ohne Bedingungen — wenn auch vielleicht zu hohen Zinsen — vorgestreckt, oder sie würde ihn sich durch Verkauf irgend welcher für sie minder wichtigen Werke leicht selbst beschaffen, ohne sich das von den Banken vorschreiben zu lassen. Aber für denkende Leute sind solche Zeitungsnachrichten nicht bestimmt, und so konnte es die Frankfurter Zeitung mit bewunderndem Augenaufschlag einen „entsagungslosen Familienentzug“ nennen, daß die Firma auf die Bedingung einging. Das war am 4. Juni, und dieselbe Frankfurter Zeitung — ohne Zweifel das anständigste bürgerliche Blatt, das es in Deutschland gibt — bekam es fertig, in Fettdruck über die Mitteilung zu schreiben: „Für alle Verpflichtungen ordnungsmäßig vorgelagert.“ Obgleich doch jetzt schon mit Händen zu greifen war, daß das Gegenteil zutrifft! Einen Tag darauf wurden denn auch die fälligen Verbindlichkeiten bereits mit 100 bis 120 Millionen Mark angedeckt und es wurde bekannt, daß die Banken einschließlich der Reichsbank für ihre eigenen Forderungen ein Moratorium gewähren und darüber hinaus das Geld für solche Forderungen vorschießen wollten, die sich auf andere Weise nicht regeln lassen. Am 12. Juni meldete dann die Berliner Zeitung Welt am Abend, die in der ganzen Affäre von Anfang an merkwürdig gut unterrichtet war und immer etwas früher Bescheid wußte als die Frankfurter Zeitung — am 12. Juni meldete sie, daß die Schulden nicht 120, sondern annähernd 250 Millionen betragen und daß trotz aller Bemühungen der Banken wohl kein anderer Ausweg bleiben werde als der Konkurs. Ob hierin nicht einige Übertreibung steckt, ist in diesem Augenblick unbekannt. Nur soviel läßt sich sagen, daß die früheren Angaben der Welt am Abend sich sämtlich als richtig erwiesen haben und daß das Blatt noch am 16. Juni seine Behauptungen von den 250 Millionen wiederholt.

So stehen die Dinge in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden. Bis sie im Druck erscheinen, wird sich noch manches geändert, wahrscheinlich zugunsten der Eigentümer. Ist nun, wie sich plötzlich infolge dieser Vorgänge das Urteil über Hugo Stinnes hat, was in der bürgerlichen Welt gewandelt hat. Bisher hat man ihn immer als den großen Organisationsführer hingestellt, der es verstanden habe, seinen Konzern planmäßig immer weiter auszubauen im Hinblick auf immer größere Produktivität; also als einen der Männer, sogar als den größten der Männer, denen das heutige Volk den allmählichen Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu verdanken habe. Nach dem aber, was man jetzt in der bürgerlichen Presse liest, wäre Stinnes ein ganz gewöhnlicher Kammerdiener gewesen, genau von derselben Sorte wie Barmer, der ohne jede Planmäßigkeit, ohne besonderes organisatorisches Geschick, einfach zusammengekauft hätte, was er gerade kriegen konnte, teils aus Notgedrungen, teils um in der Inflationszeit sei Papiergeld möglichst schnell in Sachwerten umzusetzen. So schrieb die Frankfurter Zeitung (Nr. 420 vom 11. Juni):

„Wenn man diejenigen Konzerne, die bisher von dem Abbauprozeß ergriffen worden sind (d. i. in erster Linie der Stinnes-Konzern usw.), des näheren betrachtet, so sieht man, daß es überall sich um Zusammenfügungen handelt, die nicht geboren sind aus dem Streben nach technischer Rationalisierung... sondern um Anhäufungen von Unternehmungen der verschiedensten Art in einer Hand, wie sie nur aus dem allgemeinen Wellenlauf nach Sachwerten in der Inflationszeit geboren werden können.“

So vergeht der Ruhm in der bürgerlichen Welt! Wenig über ein Jahr erst ist der Mann tot, und schon sinkt er vom Fiebestuhl eines Helden unter den Wirtschaftsführern herab zu einem Kammerdiener, der sich nur in der Menge, aber nicht im Charakter von einem Händler mit alten Kleidern unterscheidet. In dem Zusammenbruch seines Werks, das einst so hoch gepriesenen, steht man jetzt — es steht wirklich wörtlich so in der Frankfurter Zeitung — einen „Bereinigungsprozeß der deutschen Wirtschaft“. Was mit anderen Worten bedeutet, daß Stinnes durch das, was er tat, die deutsche Wirtschaft be- schmutzt habe.

Uns Sozialisten jedoch steht es nicht an, weder an der früheren Verherrlichung noch an der jetzigen Verpeinung des

Mannes uns zu beteiligen. Uns lehrt der Vorgang aufs neue, wie wenig es schließlich im Gang der wirtschaftlichen Entwicklung auf die einzelne Persönlichkeit ankommt. Stinnes hat, wenn die jetzige Darstellung zutrifft, genau so gehandelt, wie jeder andere Mensch auch: er hat in jeder besonderen Lage das getan, was ihm nach den Umständen und nach seinen Mitteln für seinen augenblicklichen Zweck als das richtigste erschien. Was dabei schließlich herauskam, war keineswegs von ihm auf lange Sicht voraus erkannt und voraus gewollt, obgleich es tatsächlich das Ergebnis seiner einzelnen Handlungen war. Vermutlich hätte jeder beliebige Müller oder Schulze, sofern er nur mit durchschnittlicher Begabung ausgestattet war, an Stinnes Stelle genau ebenso gehandelt.

Darin liegt nun aber, daß sein „Werk“ — wenn wir es einmal so nennen wollen — weder durch seinen Tod noch durch die jetzigen Vorgänge wesentlich beeinflusst werden kann. Selbst die bürgerliche Presse erkennt an, daß die jetzige Auflösung wahrscheinlich auch eingetreten wäre, wenn Stinnes noch leben würde, weil sie durch die Umstände herbeigeführt ist. Man muß sich nämlich hüten, darin einen Rückschlag oder auch nur eine Verzögerung der Konzentration des Kapitals zu erblicken. Selbst wenn es zum offenen Konkurs kommt, wird der schließliche Erfolg vermutlich doch kein anderer sein, als daß diejenigen oder

ein Teil der Betriebe abgestoßen werden, die mit dem Kern des Konzerns in keinen organischen Zusammenhang gebracht werden können. Der übrig bleibende Kern dagegen wird um so krasser und rationeller organisiert werden, je es im Besitz der Familie Stinnes oder anderer Kapitalisten. Denn gesetzt selbst den äußersten Fall, daß die Stinnes all ihr Hab und Gut verlieren und ins Proletariat herabsinken, so werden ihre Fabriken eben von anderen Kapitalisten gekauft und weiter betrieben. Die Konzentration des Kapitals also und damit die Rationalisierung des Betriebes geht weiter. Nur freilich dürften die nächsten, unmittelbaren Folgen wieder grauenhaft sein für die Arbeiter und den kleinen Mittelstand: Stilllegung ganzer Werke, massenhafte Entlassungen, Verdrängung ganzer Ortschaften, Ruin der kleinen Händler und Handwerker, die bisher von der Arbeiterfundschaft gelebt haben usw. Mit einem Wort, das Traverspiel, das wir so lange schon kennen: die Höherentwicklung der Produktion erfolgt auf Kosten und unter furchtbaren Leiden der gesamten werktätigen Bevölkerung. Aber das kann freilich erst dann anders werden, wenn die zur Steigerung der Produktivität nötigen Maßnahmen planmäßig und mit Bewußtsein von der Gesamtheit und zum Nutzen der Gesamtheit vorgenommen werden, das heißt in einem sozialistischen Gemeinwesen.

J. B. H. u. a.

Die Zollvorlage, ihre Nutznießer und Opfer

Von Heinrich Ströbel

Die reaktionäre Reichsregierung hat es überaus eilig, die Mitte Mai dem Reichsrat unterbreitete Zollvorlage durchzusetzen. Bis zum 1. August soll sie unter Dach und Fach gebracht werden. Dieser Plan wird um so größeren Schwierigkeiten begegnen, als selbst der Reichswirtschaftsrat starke Einwendungen erhoben hat. Der Zolltarifschutz des Reichswirtschaftsrats ist nämlich am letzten Montag zu dem Ergebnis gekommen, daß die Zollvorlage „keine genügende Grundlage für langfristige Handelsverträge“ darstelle. So wenig Einmütigkeit sonst in dem Ausschuss zutage trat — für diese Auffassung fand sich eine Mehrheit. Das bedeutet freilich keineswegs, daß die Zollvorlage nunmehr ernstlich gefährdet sei. Die Regierung wird sich für ihren Entwurf nach wie vor mit aller Kraft einsetzen. Und die wirtschaftlich und politisch stärksten Mächte — Agrarier und Schwerindustrie — werden sich mit ihrem ganzen Einfluß hinter die Regierung stellen. Der Abwehrlampf der Leidtragenden des geplanten Zolltarifs, der Arbeiter, Landproletariat, Kleinbauer und verarbeitende Industrie, wird deshalb gleichfalls mit gesteigerter Entschlossenheit geführt werden müssen. Das wirtschaftliche Schicksal der großen Volksmehrheit hängt von dem Erfolg dieses Abwehrlampfes ab.

Bei der Zollvorlage handelt es sich keineswegs, wie Agrarier und Schwerindustrie gern behaupten, um ein Mittel zur Erlangung möglichst günstiger Handelsvertragsbedingungen. Vielmehr wollen sich Agrarier und Schwerindustrie auf Kosten der Volksmehrheit ein lüdenloses Monopol schaffen. Die ausländische Konkurrenz soll ausgeschlossen, die Preisdiskatur für Getreide und das wichtigste Rohmaterial der Industrie, für Eisen und Stahl, im Inlande gesichert werden. Die erhofften Gewinne für die Nutznießer dieser Monopolstellung und Preisdiskatur sind so groß, daß für sie alle Rücksichten auf die dabei entstehende Lage der deutschen Gesamtproduktion verschwinden.

Den stärksten Anstoß erregen die Getreidezölle und die Eisenzölle, die das Rückgrat der Zollvorlage bilden. Hier handelt es sich nicht um Vertragszölle, sondern ganz ausgedehnt um Prohibitivzölle, das heißt um Zölle, die jede Einfuhr abtöten sollen. Denn die Zölle sollen für Roggen, Weizen und Hafer mit Wirkung vom 1. August 1926 ab nicht unter 5. oder 5,50 M für den Doppelzentner herabgesetzt werden, also weit höher sein, als zur Zeit der Verlobungsschutzschlüssel. Und auch die Eisenzölle sollen um etwa 50 % über den Vorkriegszollfuß erhöht werden. In manchen Fällen soll der Zollfuß sogar verdoppelt und verdreifacht werden.

Betrachten wir zunächst die Agrarzölle. Die Sätze der Getreidezölle nannten wir bereits. Solange kein Handelsvertrag besteht, treten die sog. autonomen Sätze in Kraft, die sogar 7 M für den Doppelzentner Roggen und 7,50 M für den Doppelzentner Weizen betragen. Daneben sollen aber auch Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Gemüse, Obst, Fleisch, Gefrierfleisch, Schmalz, Butter, Büchsenmilch, Eier usw. mit hohen Zöllen belastet werden.

Die Folgen für die verbrauchende Bevölkerung liegen auf der Hand. Die Wehl-, Brot- und Fleischpreise, die Preise für die gesamte Lebenshaltung werden weiterhin gewaltig in die Höhe getrieben werden. Schon die Getreidezölle werden die Arbeiterfamilie schwer belasten. Eine Arbeiterfamilie von 6 Köpfen verbraucht 5 x 150 = 900 kg Getreide jährlich. Bei einem Zoll von 7 M bedeutet das eine Belastung allein des Brotes um mindestens 60 M, bei einem Zoll von 5,50 M von etwa 50 M. Dazu treten dann die Preissteigerungen auf Grund der Fleisch-, Kartoffel- und sonstigen Lebensmittelzölle.

Diese schwere Belastung der arbeitenden Schichten ist aber um so unerträglich, als die Landwirtschaft trotz künstlicher Preissteigerung keineswegs bedarf. Neben gewissen Industriezweigen und Schiebern hat sich seit Kriegsbeginn keine Berufsrichtung so glänzend gehalten, wie gerade die Landwirtschaft. Trotz der Zwangswirtschaft hat sie während des Krieges und während der Inflation infolge des Gleichschaltens ihre Erzeugnisse zu ausgezeichneten Preisen abgesetzt. Nur sehr vorübergehend, kaum ein Jahr lang, sanken nach der Währungs-

stabilisierung die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter den Vorkriegspreis und unter den Stand der Industriepreise. Seit dem Herbst vorigen Jahres haben die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse wiederum die Friedenspreise erheblich überschritten. Nach den Notierungen an der Berliner Börse erreichte der Weizenpreis, der im Jahre 1913 198,90 M betrug, im Mai 1915 die Höhe von 260,60 M, der Roggenpreis war von 164,30 M im Jahre 1913 auf 222,80 M gestiegen. Die Fleischpreise und sonstigen Lebensmittelpreise hatten eine noch stärkere Steigerung erfahren. Nimmt man hinzu, daß sich die Landwirtschaft trotz der Aufwertung gleichzeitig um 10 bis 12 Milliarden Hypothekenschulden, also um eine halbe Milliarde jährlicher Zinsverpflichtungen, entlastet hat, so besteht keinerlei fittliche Verdrängung für die beachtlichsten Schutzzölle.

Wie dagegen steht es mit der Arbeiterklasse, die den größten Teil der Agrarzolllasten zu tragen hat? Ihre Löhne bleiben, trotzdem die deutschen Preise im Durchschnitt den Weltmarktpreis längst erreicht haben, ungeheuer weit hinter den Löhnen anderer europäischer Industrieländer zurück. Die Kaufkraft der deutschen Arbeiterlöhne ist also beträchtlich gesunken. Trotzdem sollen die Arbeiter jetzt mit dem Tribut der landwirtschaftlichen (und industriellen) Schutzzölle belastet werden. Und obwohl ihnen noch anderweitige schwere Lasten drohen. So sollen die heutigen Mieten bis zum 1. April nächsten Jahres um ein Drittel gesteigert, nämlich auf die Höhe der Friedensmieten gebracht werden. Aber damit will sich der Hausbesitz nicht begnügen. Gemeinam mit den anderen Besitzschichten kämpft er rastlos dafür, daß baldigt die freie Wohnungswirtschaft wiederhergestellt wird. Geheißt das, so drohte den Arbeitern gar eine Verdoppelung und Verdreifachung der Mietpreise.

Wer aber hat den Vorteil von den Getreidezöllen? Keineswegs die gesamte Landwirtschaft. Keineswegs die große Masse der Kleinbauern, sondern nur jenes Kaputtgestellte Landwirte, das mehr Getreide baut, als es selbst verbraucht. Zahlreiche kleine Landwirte und vor allem die Landarbeiter haben denn auch bereits lebhaften Einspruch gegen die geplanten Getreidezölle erhoben. Aber auch gegen die Eisenzölle haben nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer der verarbeitenden Industrie scharfen Einspruch erhoben. Weisheitsweise hat der württembergische Industrie- und Handelsstag, dem alle acht württembergischen Kammern angehören, entschiedene Verwahrung gegen die Erhöhung irgendwelcher Zölle auf Rohisen und Halbzeug eingelegt. Das nämliche geschah von der Münchner Handelskammer. Diese hat sogar eine wesentliche Herabsetzung der Vorkriegszölle gefordert. Eine Erhöhung der Zölle auf Rohisen und Halbzeug, so führte sie in einer Entschlüsselung aus (laut Frankf. Ztg. vom 3. Juni 1925, Nr. 404), käme einzig und allein der eisenhaltigen Industrie zugute, schädige aber aufs schwerste die eisenverarbeitende Industrie. Der Schaden treffe nicht nur die Ausfuhrindustrie, deren Ausfuhrfähigkeit geradezu bedroht werde, sondern auch die Erzeugung für den Inlandmarkt und die gesamte einheimische Verbraucherschaft. Ganz besonders würden sich die Eisenzölle und die damit verbundenen Preissteigerungen für die gesamte deutsche Bauindustrie auswirken. Aber auch in zahllosen anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere bei der auf den Bezug landwirtschaftlicher Maschinen angewiesenen landwirtschaftlichen Bevölkerung. Nicht auf eine Verteuerung, sondern auf eine mögliche Preiserhöhung der Grundstoffe Rohisen und Halbzeug müsse hingewirkt werden.

Ob diese Proteste Erfolge haben werden? Wie während der Inflation wird abermals die Schwerindustrie alle Mühen spritzen lassen, um ihren Willen zum Schaden der Volksgesamtheit durchzusetzen. Die eisenzeugende Industrie beschäftigt zwar nach den Angaben der Reichsarbeitsverwaltung nur 321 863 Arbeiter, die Metall- und Maschinenindustrie dagegen 2 066 262, aber sie verfügt dennoch über ungeheuren Einfluß. Die Absichten der eisenzeugenden Industrie, die heute im wesentlichen in Rheinland-Westfalen zu Hause ist — zwölf

Proletarische Erhebung in China

Von J. B. Brown

Angesichts der schweren Unruhen in Schanghai und anderen chinesischen Städten beginnt sich die ganze Welt über die Lage der Arbeiter in China Neugier zu zeigen. Schanghai ist einer der Vertragshäfen, was bedeutet, daß sich keine Behörden zum größten Teil aus Vertretern des fremden Kapitals und der Konsula fremder Länder zusammensetzen. Die chinesische Bevölkerung hat kein Recht und keine Stimme. Die industrielle Arbeiterklasse ist ohne irgendwelchen Schutz. Die Löhne belaufen sich auf 16 bis 30 *Shen* den Monat und liegen unter der Hungergrenze. Die Arbeiterinnen verdienen 20 bis 48 *Shen* den Tag. Besonders schlimm sind die Verhältnisse in den hauptsächlich von britischen und japanischen Industriellen betriebenen Seidenspinnereien, wo den Kindern Löhne von 2 (mexikanischen) Dollar oder etwa 1/3 den Monat bezahlt werden. Die Arbeitszeit beträgt bis zu 16 Stunden den Tag. Die Arbeit muß zum größten Teil stehend verrichtet werden. Die Sterblichkeit unter diesen Kindern ist sehr groß. Von den in Schanghai beschäftigten 82 606 Fabrikarbeitern sind 13 082 weniger als 14 Jahre alt.

Es sind einige Versuche gemacht worden, diesen unmöglichen Verhältnissen zu steuern. So wurde eine Fabrikverordnung aufgestellt, die jedoch loter Buchstabe blieb. Im Jahre 1923 wurde ferner eine Kommission ernannt, die einen Bericht über die bestehenden Verhältnisse abgab und vorschlug, die Kinderarbeit für Personen unter 10 Jahren und nach Ablauf einer Übergangsperiode von 4 Jahren, unter 12 Jahren zu verbieten und einen Ruhezeit von 14 Tage für Kinder einzuführen. Die Kommission glaubte jedoch, nicht weitergehen zu können, da sonst die Gefahr der Abwanderung der Industrie in die benachbarten chinesischen Provinzen zu befürchten sei, wo überhaupt keine Kontrolle stattfindet. Seit Monaten werden Streiks gemeldet. Wer die Dinge aufmerksam verfolgte, sagte sich, daß ein Ausbruch von Unruhen unvermeidlich sei.

Die Ermordung eines chinesischen Arbeiters durch einen japanischen Vorarbeiter gab den Funken für dieses Pulverfaß ab. Es folgten eine Kundgebung der Chinesen, ein bewaffneter Eingriff der Polizei und Zusammenstöße zwischen Fremden und Chinesen in Pantou, Kanton und anderen Städten. Bereits sind Hunderte von Arbeitern getötet worden. Die kapitalistische Presse gibt offen zu, daß es schwer halten wird, die Bewegung einzudämmen. Britische und japanische Kriegsschiffe liegen vor Anker. Die Kapitalisten haben zu einem Mittel gegriffen, das sie gewöhnlich anwenden, wenn ihr Eigentum in Gefahr gerät, das heißt sie haben den Chinesen anheimgestellt, in den demnächst stattfindenden Tarifkonferenzen Vorschläge zu politischen und wirtschaftlichen Reformen zu unterbreiten. Da nun die Unruhen einmal ausgebrochen sind, wird auch die Einberufung einer Untersuchungskommission vorgeschlagen.

Abgesehen von den unmittelbaren wirtschaftlichen Ursachen spielt bei den gegenwärtigen Unruhen auch die allseitige Weltwirtschaftliche Krise eine Rolle, die an Macht gewonnen hat, seit im russisch-japanischen Krieg bewiesen worden ist, daß die gelbe Rasse imstande ist, die Weißen zu schlagen. Der Weltkrieg brachte für diese Bewegung, die allmählich im ganzen fernem Osten festen Fuß faßt, einen erneuten Aufschwung. Noch in einer seiner letzten Reden hat der verstorbene Sun Yat-sen das Unvermögen der Westmächte, die Willkuren des Ostens für die Gewinnlust des Westens zu opfern.

Ein anderer Faktor, den wir bei der Einschätzung der Lage nicht vergessen dürfen, ist die Erschütterung der verschiedenen Mächte im fernem Osten. Gerade in letzter Zeit fand eine bedeutungsvolle Umgruppierung der politischen Mächte im Stillen Weltmeer statt. Großbritannien hat sein Bündnis mit Japan aufgegeben und ist im Begriff, in Singapur einen großen Marinehafen zu bauen. Amerika tut das gleiche in Oahu auf Hawaii. Im vergangenen Jahre schloß Amerika die Grenzen für die Einwanderung von Japanern in einer Weise, die in Japan vielfach als beleidigend empfunden wurde. Unterdessen hat Japan zum Erstaunen der ganzen Welt einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen. Amerika antwortete darauf, indem es seine Flotte zu vermindern vor den japanischen Inseln abkommandierte. Einige Tagereisen von dem überbevölkerten Japan entfernt befindet sich Australien mit seinen großen, dünnbesiedelten und ausnahmehabigen Gebieten.

Es ist von großer Wichtigkeit, daß die internationale Arbeiterklasse ihre Augen offen hält und sich der Gefahren eines neuen Weltkrieges bewußt bleibt.

Was die rein wirtschaftliche Seite der Frage betrifft, so kann gesagt werden, daß die Ausbeutung der chinesischen und japanischen Arbeiter auch die europäischen Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen wird. Die Kapitalisten haben vor Jahren mit der Einrichtung von Fabriken in China begonnen, weil sie dort billige Arbeitskräfte vorfinden und nicht durch Sozial-

gesetz beeinträchtigt wurden. Die europäischen Textilfabriken sind schon jetzt nur zeitweise beschäftigt, während in den Fabriken von Schanghai 16, 18 und 17 Stunden den Tag gearbeitet wird. Kurz gesagt, stellt sich das Problem für den europäischen Arbeiter so: Sollen sich seine Löhne und Arbeitsbedingungen denen der östlichen Länder anpassen, oder soll der Versuch unternommen werden, die Lebensbedingungen der Arbeiter dieser Länder auf den europäischen Stand zu heben? Es handelt sich nicht um Kleinigkeiten, sondern die Sache der ganzen internationalen Bewegung steht auf dem Spiel. Denn wenn es den Kapitalisten gelingt, ihre Ziele in Indien und China zu erreichen, so werden sie auch in der Lage sein, sie in anderen Ländern zu erreichen.

In voller Erkenntnis dieser Tatsachen hat das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes den kämpfenden chinesischen Klassengenossen die Anerkennung für ihr tapferes Verhalten und die Hoffnung auf ihren Sieg telegraphisch ausgesprochen.

Kampfabschluss in Nordwestböhmen

Nach neunwöchigem Ringen ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Verband der Eisen- und Metallindustriellen sowie den beteiligten beiden Metallarbeiterverbänden der nordwestböhmisches Kampf beendet worden. Es ging dabei um weit mehr als um die Lohnhöhe. Die Unternehmer hatten es ganz offen ausgesprochen, daß sie den Kampf dazu benutzen wollten, jetzt für einige Jahre in den Betrieben Ruhe zu schaffen, das heißt die Arbeiterorganisation zu vernichten. So wandten sie alle Mittel an, um die Arbeiterklasse niederzujagen. Nach vierwöchiger Dauer erklärten sie die Aussperrung für beendet, obgleich die Arbeiterklasse den in fünf Betrieben erklärten Streik nicht aufgehoben hatte. Die alten Löhne bis Ende des Jahres verbürgend, weigerten sie sich jedoch, die Mitglieder der Betriebsausschüsse wieder aufzunehmen. Es zeigte Verhandlungen ein, um den Kampf zu beenden. In der Lohnfrage wurde infolge der wirtschaftlichen Lage, die für die Unternehmer arbeitete, eine Vereinbarung in dem Sinne getroffen, daß auf Vorschlag der Organisationsbetriebsausschüsse Lohnhöhungen bewilligt werden sollten. Die Verhandlungen schloßen jedoch an der Bedingung, daß nicht mehr alle Vertrauensleute ausgenommen werden sollten. Nun zeigte eine wüste Rede der Unternehmer ein, die zunächst mit der Organisation der Fabrikarbeiter ein „Protokoll“ abschloß, durch das der Kampf als beendet erklärt wurde. Die Fabrikarbeiter wollten sich also ganz offen zu Streikbrechern hergeben. In verschiedenen Orten versammelte sich die staatliche Gendarmerie ein, wurde Streikbrecher, schützte sie auf dem Wege zur Arbeit verhaftete grundlos Streikposten, während sich die Gendarmerie in anderen Orten zurückzieht. Es gelang den Unternehmern hier und dort, Verträge zu schließen, so daß es nötig war, in einer Reihe von Betrieben die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit aufzufordern. In vielen Betrieben aber war die Arbeiterklasse entschlossen, das freie Willkür der Unternehmer abzulehnen, insbesondere waren es die 3500 Arbeiter des Wobensbacher Gebietes, die im Kampfe ausharrten. Dieser ungebundene Kampfeszustand hat nun die Absichten der Unternehmer zunichte gemacht. In dem am 13. Juni abgeschlossenen Protokoll wird der Grundsatz ausgesprochen, daß alle Arbeiter wieder aufgenommen werden. Nur jene Arbeiter, die sich nachweisbar Sabotageakte zuschulden kommen ließen, sind von der Ausnahme ausgeschlossen. Doch entscheidet darüber eine gemeinsame Kommission Lohnhöhungen werden einzeln gewährt, und zwar über Vorschlag der Organisationsbetriebsausschüsse. Die alten Vertrauensleute können als Wahlgeschickliche zusammengeführt werden, um die sofortige Neuwahl der Betriebsausschüsse durchzuführen.

So ist der Plan der Unternehmer, mit den freien Gewerkschaften endgültig abzurechnen, zunichte geworden. Es darf freilich nicht verschwiegen werden, daß sich hier und da organisierte Schwächen gezeigt haben, die ausgemerzt sind. Vor allem hat sich die Schwäche der Doppelorganisation der Metallarbeiter (Prager und Komotauer Verband) auf den Tisch gelegt. Ein einzelner Verband kann ganz anders Wuchsmittel ins Treffen führen. Die Art der Kämpfe ist heute eine wesentlich andere, als noch vor wenigen Jahren. Die Unternehmer können ihre Fronten, und es wird Pflicht der Arbeiterklasse sein, daraus die notwendigen Lehren zu ziehen.

Kongress der japanischen Gewerkschaften

Vom 17. bis 19. März hielt der japanische Gewerkschaftsbund in Kobe seinen Kongress ab. Nach dem Bericht hat der Bund im letzten Jahre einen Zuwachs von 10 000 Mitgliedern zu verzeichnen. Beigetreten sind 29 neue Organisationen. Die Gesamtzahl der im Bund vereinigten Organisationen beträgt 68, die sich auf folgende Industrien verteilen: Metallindustrie 18, Transport und Verkehr 7, chemische Industrie 4, Elektrizität 2, Textilgewerbe 4, Bergbau 2, Bauindustrie 2, Lebensmittel und verwandte Beruf 3, Buchdruckgewerbe 3, verschiedene Berufe 23. Die gewerkschaftliche und organisierte Arbeit hat mit mannigfachen Schwierigkeiten zu kämpfen, namentlich infolge der unzureichenden Geldmittel. Eine Anzahl der angenommenen Entschlüsse betreffen die Umformung der Gewerkschaften nach industriellen Richtlinien und die Gründung von Ortsstellen. Eine heftige Auseinandersetzung entspann sich zwischen „Reformisten“ und Kommunisten. Am Ende nach dem Kongress trat der Hauptvorstand des Bundes zusammen und beantragte den Ausschluß von 6 Organisationen, die kommunistischen Neigungen bezügelte werden. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, doch wurde eine andere kommunistische Organisation ausgeschlossen.

Eisgetränke und selbst Natureis in geringen Mengen herzustellen. Im Gegensatz zu den bisherigen Vorrichtungen dieser Art wird dies ohne Zubehörschicht von gefrorenem Eis erreicht, und zwar dadurch, daß man durch Aufhängen von Gemälden in Wasser den Wassergehalt tief sinken läßt und dann durch Einstellen des Kühlgefäßes in einen nach Art der Thermosflaschen ausgebildeten Isoliermantel die tiefe Temperatur nach Möglichkeit zu halten sucht. Die neue Anordnung besteht im wesentlichen aus einem doppelwandigen Glasgefäß, das auf beiden Seiten durch einen Korl verschließbar ist. Zunächst füllt man den eigentlichen Innenraum mit dem Eiscreme oder dem zu kühlenden Getränk und verschließt dann mittels des Pfropfens; hierauf füllt man das Gefäß ein, gießt in den durch die doppelten Wände gebildeten Zwischenraum Wasser ein und gibt Ammoniumsulfat sowie pulverisierte Kristallkalk zu, worauf man die zweite Öffnung ebenfalls verstopft und nun das Ganze in das Isoliergefäß einstellt. Nach etwa 20 Minuten entleert man die Gefäßöffnung und erlegt sie durch abgekandenes Wasser mit dem Erfolg, daß nun der Eiscremeblock von den Seitenwänden abtaut und zum Hinzusetzen gebracht werden kann.

Nach über eine andere haustechnische Neuerung sei hier berichtet, über einen kleinen Bad- und Strapparat, der in den Stand setzt, auf offener kleiner Gaskocherflamme Brot, Kuchen und anderes Backwerk gleichmäßig braun herzustellen, genau wie im Backofen. Die Anordnung macht sich die gute Wärmeleitfähigkeit des Aluminiums zunutze und setzt sich aus der eigentlichen, aus Aluminiumblech bestehenden Wanne sowie aus einem eiserne Unterlag zusammen, der über die kleine Gasflamme gestülpt wird. Hierdurch wird erreicht, daß die Flamme nicht direkt auf die Form brennt, sondern daß sich zwischen dem Unterlag und der Wanne ein Luftstich bildet, das den Gefäßinhalt vor dem Verbrennen schützt. Die Unter- und Oberfläche ist dadurch leicht zu regulieren, daß man durch Drehung des Wannenbedeckels Ventilationsöffnungen mehr oder weniger öffnet. Der neue Apparat kann auch dazu verwendet werden, Fleisch im eigenen Fett zu braten oder Gemüse zu dünsten. Es wird angegeben, daß bei dreiviertel Stunden Backzeit ein Kuchen nur für etwa 3-4 Gas erforderlich.

Der Sieg der dänischen Gewerkschaften

Da dem erfolgreich verlaufenen Kampfe der dänischen Genossen erhalten wir noch die folgenden Zellen: Bei der am 20. April von den dänischen Unternehmern begonnenen Aussperrung handelte es sich zunächst nicht um die Metallarbeiter, sondern um Buchdrucker, Schneider, Schuhmacher, Kleider, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Müller, Textilarbeiter und einige andere Berufe. Andere Kollegen in der Metallindustrie hatten Ursache, vorsichtig zu sein, da der Geschäftsgang zu wünschen übrig ließ. Das Vermittlungsamt gab sich die größte Mühe, die von den Unternehmern angebotene Großaussperrung zu verhindern. Am 28. März nahm der Vorstand des Gewerkschaftsbundes mit allen gegen zwei Stimmen einen Vermittlungsvorschlag an. Diesen Vorschlag lehnten die Unternehmer jedoch ab und machten einen anderen Vorschlag, der diesmal den Arbeitervertretern unannehmbar erschien. Der Schmiede- und Maschinenbauerverband riefte nunmehr zum Kampfe, indem er von seinen noch in Arbeit stehenden Mitgliedern wöchentlich 10 Kronen Sonderbeitrag erhob. Die eifrigen Bemühungen des Vermittlungsamtes hatten zur Folge, daß die zum 26. März geplante Erweiterung der Aussperrung vorläufig noch verschoben wurde. Dabei war einer der Hauptgründe, weshalb die Unternehmer die Aussperrung verhängt hatten, nämlich die Streitigkeiten im Baugewerbe, weggefallen, weil es dort zur Einigung gekommen war. Nunmehr konnte sich nach der Behauptung der Unternehmer der Kampf vornehmlich um die Eisenindustrie drehen, deren gelernte Arbeiter hauptsächlich im Schmiede- und Maschinenbauerverband organisiert sind, während die ungelerten Hilfsarbeiter dem Arbeitermännerverbande angehören. Ein von dem Vorsitzenden des Arbeitermännerverbandes gemachter Einigungsvorschlag wurde vom Vorsitzenden des Arbeitgebervereins mit der Bemerkung zurückgewiesen, solche Bedingungen könne man nur einem geschlagenen und nicht einem ebenbürtigen Gegner anbieten.

Am mehr Druck auf die Unternehmer ausüben zu können, verfügte der Arbeitermännerverband den Transportarbeiterstreik mit Beginn am Abend des 14. Mai. Darüber erhoben die Unternehmer großen Lärm. Dabei wären bei der Anflutung des Streiks die vertragsmäßig vorgeschriebenen Fristen gewahrt worden, was die Unternehmer nicht in allen Fällen von sich behaupten konnten. Der Arbeitermännerverband konnte um so eher zum Transportarbeiterstreik greifen, als die Volkernährung dadurch nicht bedroht wurde.

Dem Anschein nach hat dieser zu rechter Zeit und mit aller erforderlichen Umsicht eingetretene Transportarbeiterstreik im Verein mit der Hülfe vom Ausland den Widerstand der Führer des Arbeitgebervereins gebrochen. Am 23. Mai gelang es, eine Grundlage zu einer Vereinbarung zu schaffen, die die in der Zentralorganisation der Metallarbeiter vereinigten Verbände ihren Mitgliedern zur Abstimmung unterbreiten konnten. Danach sollten die geltenden Verträge bis zum 1. Februar 1927 verlängert werden. Bei den Mitgliedern der Verbände, deren Verträge Bestimmungen über Mindestlöhne enthielten, sollte bei der Wiederaufnahme der Arbeit der Mindestlohn auf 80 Ore erhöht werden, für erste Jahr nach beendeter Zeit auf 76 Ore für Arbeiter, die in Zeilohn stehen, sollte der Mindestlohn 10 Ore betragen. Diese Sätze sollten am 1. August um 3 *Sh* erhöht werden. Dann sollte halbjährlich eine weitere Lohnregelung entsprechend den amtlichen Maßzahlen erfolgen.

Von den Mitgliedern des Schmiede- und Maschinenbauerverbandes als auch von den anderen Verbänden der Metallarbeiter wurde die Vereinbarung durch Abstimmung angenommen. Damit war das von den Unternehmern vorgeschulte Haupthindernis der Arbeitswiederaufnahme aus dem Wege geräumt. Es mußte nun aber, die Gelehrten an Kampfabbruch denken konnten, noch zu einer Verständigung mit den ungelerten kommen. Eine solche kam am 6. Juni zustande. Die Vereinbarung enthält Stundenlohn erhöhungen bis 10 Ore. Im allgemeinen ist die Erhöhung der Löhne und der Stückpreise um 3 *Sh* durchgeführt worden. Diese von Anfang an gestellte Forderung war doch wahrhaftig nicht unbedeutend. Die Unternehmer hatten jedoch im Gegenteil die Löhne drücken wollen. Jetzt können sie nachrechnen, wieviel billiger es ihnen geworden wäre, wenn sie es nicht zur Aussperrung hätten kommen lassen. Aber die Unternehmer hatten eben noch die Nebenabsicht, den durch politische Mittel bisher nicht erreichbaren Sieg der Arbeiterregierung zu erreichen. Auch das ist gründlich vorübergegangen.

Die dänischen Gewerkschaften haben einen solchen Sieg erzwungen. Unser Kollege J. A. Hansen, der Vorsitzende des Schmiede- und Maschinenbauerverbandes, hatte recht, als er bereits am 24. Mai zu einem Austräger des dänischen Blattes Social-Demokraten sagte: „Die Zeiten haben sich geändert. Die Aussperrung ist nicht mehr die zermalmende Waffe gegen die Arbeiter, die sie früher war und für die die Unternehmer sie bisher gehalten haben. Sie werden aus dem gegenwärtigen Arbeitskämpfe sicher gelernt haben, daß die Großaussperrung ihre Rolle im Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern ausgespielt hat und daß man zum Wohle der Produktion und der Industrie neue Wege einschlagen muß; denn die Arbeiter kämpfen ja nicht, um die Industrie zu verderben, im Gegenteil.“

A. D. U. S.

Streik in der Metallindustrie Belgiens

Seit dreieinhalb Jahren herrscht in der belgischen Metallindustrie zwischen Unternehmern und Arbeitern schmale Stimmung. Die Preise steigen unansetzlich, und die Arbeiter, wenn sie nicht verkommen wollen, müssen natürlich trachten, das was ihnen die Leistung nimmt, durch Lohnaufbesserung einzubringen. Die Unternehmer aber sind der gegenteiligen Meinung. Statt Aufbesserung zu geben, kommen sie mit Abzügen. Durch diesen Gegensatz kam es verschiedene Male zum Abbruch der Verhandlungen und hier und da zum Streik. Doch konnte immer im letzten Augenblick die Verallgemeinerung des Ausstandes verhindert werden. Schließlich sprangen sich aus Gründen, die heute hier nicht dargelegt werden sollen, die Gegenstände vermehren, daß am 16. Juni die allgemeine Aussperrung in sicherer Aussicht stand. Und nach dem Bericht unseres Brüsseler Mitarbeiterhielten auch die leitenden Kreise des Metallarbeiterverbandes den Ausbruch des allgemeinen Streiks für gewiß. Wie indessen schloßen aus der Umwandlung der Regierung, der fortan fünf Sozialisten angehören sollen, den Glauben an das Zustandekommen einer Verständigung kurz vor dem 16. Juni. Da unsere Annahme nun richtig war oder nicht, die Anflutung, daß vom 16. Juni an alle Arbeiter der Metallindustrie stillstehen würden, hat sich nicht erfüllt. Wohl aber hat an dem genannten Tage in der alten wirtschaftlichen Wetterdeck Belgiens, im Industriebezirk von Chalevoi, der Kampf begonnen. Der Brüsseler People vom 18. Juni nennt eine Reihe von Werken der Schwermetallindustrie, wo die Arbeiter streikten. Ob dies nur der Anfang des großen Ausstandes ist, oder ob es nun angeht, dieser Betriebsstilllegungen zu einer Verständigung kommt, läßt sich noch nicht sagen. Wir wissen nur, daß unser Bruderverband auf diesen Kampf, der die gesamte Metallindustrie von 160 000 Köpfen erfassen kann, seit Jahr und Tag wohl gerichtet hat. Das wissen natürlich auch die Metallindustriellen Belgiens. Und da sie immerhin noch etwas klüger sind, als ihre belgischen Kollegen, darum glauben wir noch nicht so recht an den landwärtigen Ausstand. Ob wir uns irren, werden die nächsten Tage lehren.

Neuer Vorsitzender bei den schwedischen Metallarbeitern

Vor einigen Monaten fand der Kassierer der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften, Genosse Lange. Zu seinem Nachfolger wurde unser Kollege Johan-Olov Johansson gewählt, der seit 1908 beim Vorstand des Metallarbeiterverbandes angeheuert war, dann während der letzten fünf Jahre als Vorsitzender oder — wie unsere schwedischen Kollegen sagen — als Ordforande, das heißt Wortführer. Sein Nachfolger als Wortführer wurde Kollege Erik Johansson, bisheriger Verbandsangehüllter und Mitglied des Vorstandes.

Das in jeder Hinsicht beste Isoliermittel ist der Quarz, der in der Natur als Kieselsäure, Bergkristall usw. vorkommt und mittels hoher Temperaturen in jede gewünschte Form gebracht werden kann. Ein sehr hohes Isoliervermögen besitzt ferner das sogenannte Pyrex-Glas, eine an Kieselsäure besonders reiche Glasart, die übrigens auch zur Herstellung von Laboratoriums- und sogar Küchengeräten Verwendung findet, das dem Feuer unmittelbar ausgesetzt werden darf. Die Gefäßanten von den sehr geringen Verluste aufweisenden Kondensatoren bemerkt heute solche Pyrex-Glas-Isolation mit ausgezeichneten Ergebnissen. Röhrenhalter aus diesem Glas sind auch schon auf dem Markt erschienen. Aus Versuchen geht hervor, daß Pyrex in der Radiotechnik das am wenigsten Verluste verursachende Isoliermaterial darstellt, abgesehen von dem an erster Stelle stehenden Quarz. Pyrex ist ein hartes, ziemlich kostbares Glas, das der Hitze widersteht und keine Feuchtigkeit aufnimmt. Selbst die Hitze eines Nigeltens beeinflusst dieses Glas nicht im geringsten; es ist gänzlich frei von Oberflächenkondensation und wird von allen jenen Einflüssen nicht in Mitleidenschaft gezogen, die die meisten der gebräuchlichen Isolierstoffe mehr oder weniger angezogen machen für den Empfang schwacher Zeichen. Als weitere in der Radiotechnik verwendete Isolierstoffe sind zu erwähnen, ungefähr im Range folgend: Hartgummi, Paraffin, Naturharze oder auch Kunstharze, wie Bakelit, imprägnierte Pappe, Porzellan, Glas. Von besonderer Bedeutung sind Verluste, wie sie durch Abstrahlung und andere Ursachen entstehen, in der Radiotechnik mit kurzen Wellen, die immer mehr aufkommt. Hier geht man zum Teil schon dazu über, die Spulen nicht mehr auf einen vollen Zylindermantel aus Hartgummi aufzuwickeln, sondern diesen mit Ausparungen zu versehen, so daß ein gerippter Kern entsteht. Manche Fabrikanten verwenden überhaupt keine Wicklung mehr, sondern benutzen festen Draht, damit die Spule in sich selbst hinreichend halt hat.

Haustechnische Neuheiten

Neuerdings ist auf dem Markt ein kleiner Eis- und Kühappaar erschienen, der in der kommenden Sommerzeit mit Nutzen zu verwenden sein dürfte. Er ermöglicht es, in kurzer Zeit Eiscreme

Aus dem Reichstag

Am ersten Tage nach den Pfingstferien setzte der Reichstag die Beratung über den Militär- und Marinehaushalt fort. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Moser behandelte vom ärztlichen Standpunkte aus die Selbstmordfälle in Oesterreich und Marine, die in den letzten zwei Jahren eine bedauerliche Zunahme erfahren haben. Die Zunahme beträgt über 60 %, was ein sehr schlechtes Bild auf die Zustände in unserm Heerwesen wirft. Im Jahre 1922 starben in der Reichswehr an den Folgen von Erkrankungen 187, eines gewaltsamen Todes starben 185 Soldaten. Im Jahre 1924 starben an Krankheiten 97, durch Unfallsfall 65 Soldaten, 100 Soldaten erlitten durch Selbstmord. Auch in der Reichsmarine hat die Zahl der Selbstmorde zugenommen. Eine strenge, anparteiliche Untersuchung erscheint dringend notwendig, denn wenn ein junger Soldat freiwillig sein Leben wegwirft, so müssen starke Gründe dafür vorhanden sein. Der Reichswehrminister Dr. Gessler beklagte gleichfalls die zahlreichen Selbstmorde, die er im wesentlichen auf die ungenügende Verpflegung für eine zwölfjährige Dienstzeit zurückführte. Er versprach, daß Wandel geschaffen werden solle durch eine Verbesserung des Disziplinarverfahrens. Die geforderten Rekruten: ein kleiner Kreuzer und fünf große Torpedoboote, sowie das Gehalt des Reichswehrministers — alles bodenlos Verschwendung — wurden von der bürgerlichen Mehrheit bewilligt.

Eine umfangreiche Aussprache, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, entwickelte sich bei der Beratung über den Haushaltsplan des Finanzministeriums. Die Aussprache, die sich im wesentlichen dreht um die Frage: Republik oder Monarchie, Reaktion oder Freiheitliche Umwälzung, Volksherrschaft oder Obrigkeitssaat, wurde in einer Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Sollmann eröffnet: Das Ministerium des Innern hat vor allen Dingen die wichtige Aufgabe, die Republik und die republikanische Verfassung gegen den Ansturm von rechts und von links zu schützen, den Kulturwillen des Proletariats zu unterstützen und den Aufstieg der Unterdrückten zu fördern. Dieser Aufgabe ist das Ministerium bislang nur sehr mangelhaft nachgekommen. Es hat weder Stellung genommen gegen Monarchismus und Reaktion, noch hat es die Entwicklung im Sinne der Volksherrschaft und des Volksrechts beeinflusst. Es lebt noch immer in der Sideluft des Obrigkeitss- und Polizeistaates, in dem die Herren zu bestimmen und die Untertanen zu gehn und zu schweigen hatten. Die Absicht der monarchischen, reaktionären Schichten will deutlich hervor in den großen Geschichtsbildungen, die auf Schulen und Universitäten vorgebracht werden, und in dem Vorstoß der Rechtsparteien gegen die Verfassung und gegen das Reichsbanner Schwarz-rot-gold. Man will eben die Monarchie wieder haben mit der Reichsregierung der Volksmassen und den Vorrechten der Herren. Die Befestigung des gleichen Wahlrechts und des Mitbestimmungsrechts in Staat, Gemeinde und Wirtschaft wird gefordert als die Vorbedingung der Monarchie.

Ein deutschnationaler Redner betont die monarchische Einstellung seiner Parteifreunde, die aber — nosgedrungen! — bereit seien, einstweilen für die Republik stückchen zu nehmen, bis andere Parteien kommen werden. Eine Änderung der Weimarer Verfassung sei aber unbedingt notwendig. Ein völksparteilicher Redner bekennt sich als Verstandesrepublikaner — bis auf weiteres, hält auch das gleiche Wahlrecht für verkehrt, da es nicht angängig sei, daß die Beschlüsse über das Weiswerden der Verfassungen verfallen. Mit großer Erbitterung wird zwischen rechts und links der Kampf geführt um die Weimarer Verfassung, um die Reichsorgane, um den Nationalrat und um die Reichsregierung. Der Demokrat erklärt, daß sich die Verfassung von Weimar bewährt habe. Wir haben es ihr zu verdanken, daß das deutsche Volk in den letzten Jahren nicht zersplittert und daß unsere Wirtschaft aufrechterhalten worden ist. Auch ist die Einheit Deutschlands besser gewahrt worden, als es sonst in Zeiten der Not unter der Herrschaft der Fall gewesen ist. Nicht eine Verfassungsreform sei nötig, sondern eine Verwaltungsreform, damit echte Republikaner in die einflussreichen Stellen kämen. Die Verfassungsreform der Monarchisten erstrebe ein Klassenwahlrecht, in dem die Schlechten, Kriegsgewinnler und Bordenwörter in der ersten Klasse, die anfänglichen Leute aber in der dritten Klasse wählen. Die Schwarz-rot-goldene Färbung dürfte nicht beibehalten werden, da es unter ihr gelungen sei, den deutschen Staat wieder aufzubauen.

Der Reichsminister des Innern, der deutschnationale Schiele, beginnt seine Rede mit der Erklärung, daß Latein notwendig seien, nicht Latein, wobei er wahrheitsgemäß auf die neue Steuer- und Gesetzgebung sowie auf die — Aufwertung der Spargelder gedrungen sei, also an Latein, bei denen den Volksmassen die Augen überlaufen werden. Der Minister erklärt, er habe allerdings den Eid auf die Verfassung abgelegt und deshalb über er keine amtliche Tätigkeit auf verfassungswidrige Grundlage aus, aber er sei auch noch Staatsbürger und müsse als solcher die Freiheit der Überzeugung gemäß Artikel 118 der Reichsverfassung. Von dieser Freiheit wolle er Gebrauch machen, wenn er für eine Änderung der Verfassung einträte. Eine verfassungswidrige Sache: Als Minister hat er sich verpflichtet, die Verfassung zu schützen, als Staatsbürger würde er für sich das Recht in Anspruch, sie zu befechtigen! Hier haben wir ein Widerspruch für das, was man gewöhnlich Jesuitenweisheit nennt. Der Minister sagt dann noch ein Wort über die Parteien — Schwarz-rot-gold und Schwarz-weiß mit dem Hinweis, daß deutsche Volk möge unter sich als Treuebande zurückbleiben und sich zusammenfinden in der gemeinsamen Arbeit für das deutsche Vaterland.

Gewiß ein schöner Wunsch, aber in einem Volke mit fast ungetragenen Klagen gegenüber dem Krieg er wie Hohn und Spott. Die bevorstehenden Wahlen im Reichstags über Steuern, Zölle und Aufwertung werden zeigen, wie es mit der Volksgemeinschaft in Wirklichkeit bestellt ist. Ein sozialdemokratischer Redner wagt mit Recht darauf hin, daß es ein Unbild sei, wenn ein unwürdiges gekürztes Minister, dessen Ziel die Wiedereinführung der Monarchie sei, als Schlichter der republikanischen Verfassung auftritt. Was die Klagen angeht, so seien unter der Flagge Schwarz-rot-gold mehr als zwei Millionen Menschen gesoppt worden, als die Fortführung des Krieges gesehe und danach was unter der Flagge Schwarz-weiß-rot sei Erbeiter und Arbeiter ermordet worden, habe Müller und Kapp den Reich verstoßen. Unter dieser Flagge marschierten Rorderrorganisationen gegen die Republik war. Die wolle man mit solchen Parteien manuelle Erhebungen machen? Darauf konnten die Monarchisten nichts erwidern.

Ein Antrag, den 18. Januar als Nationalfeiertag einzuführen (zur Erinnerung an die Ausrufung der Republik 1871), wurde mit 133 Stimmen gegen 138 Stimmen abgelehnt. Auch das eingetragene Rigorensstudium gegen den Minister Schiele wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und einiger Demokraten abgelehnt. Der deutschnationale monarchische Minister der Reichsregierung heißt also noch wie vor das Vertrauen der Reichsversammlung einschließlich des Zentrum und der bürgerlichen Volkspartei.

Der Bundesauschuß des ADGB

Am 12. Juni wurde der Bundesauschuß des ADGB in der Versammlung der Arbeiterverbände (siehe Bericht in Nr. 25 der Zeitschrift) und in der Schlichtungsausschuss. In Sachen der gemeinsamen Devisenpolitik der Arbeiter.

Die am 12. Juni von der Vereinigung Deutscher Arbeiterverbände an die Reichsregierung gerichtete unerwartete Denkschrift über die Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschäftigung und Wohnungswirtschaft des ADGB, gegen die völlig falsche und irreführende Darstellung über die Grundlagen der deutschen Wirtschaft und die Auswirkungen der von den Gewerkschaften vertretene Lohn- und Arbeitspolitik erregte Verwunderung erregte. Die Arbeiter haben wiederholt in Deutschland an die Regierung und in der Öffentlichkeit den von ihnen mit allen Anstrengungen

erzielten Standpunkt, durch Tiefhalten der Löhne, verbunden mit noch weiterer Drosselung des Konsums der Massen, und durch unerträgliche Verlängerung der Arbeitszeit die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu überwinden, zu recht fertigen versucht. Die Gewerkschaften haben demgegenüber stets von den Unternehmern geforderten Weg als durchaus falsch, als unerrätlich für die deutschen Arbeiter und auch als für die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll abgelehnt und bekämpft. Sie werden dies auch weiterhin tun. — Deutschland trankt nicht an einer für seine Wirtschaft gefährlichen Entwicklung der Löhne und Arbeitszeit der Arbeiter, sondern an dem Streben der Unternehmer, sich selbst möglichst jedem persönlichen Opfer zu entziehen und einseitig den Arbeitern die Last des Wiederaufbaues der durch den Weltkrieg und seine Folgewirkungen zerstörten deutschen Wirtschaft aufzuerlegen.

Der Reallohn der breiten Schichten der deutschen Arbeiter ist noch immer sehr viel geringer als in der Vorkriegszeit. Über diese Tatsache kann der etwas höher liegende Lohn einiger weniger für die Gesamtwirtschaft der Zahl nach unbedeutender Gruppen von Facharbeitern nicht hinwegtäuschen. Die Löhne in den außerdeutschen Ländern liegen teils ganz beträchtlich über den deutschen Löhnen, und selbst wo sie nominell den deutschen Löhnen gleich sind, zeigen sie im Vergleich zu Deutschland im Vergleich zur Vorkriegszeit eine wesentliche Erhöhung, so daß die deutsche Industrie im Wettbewerb mit diesen Ländern von der Lohnseite her heute mindestens nicht ungünstiger als früher gestellt ist.

Die Gewerkschaften sind bereit, alle Schritte zur Steigerung der Produktivität zu unterstützen, aber sie wehren sich dagegen, daß diese Steigerung auf Kosten von Lohn und Arbeitszeit geschieht. Die Arbeiter gehen nicht ein, wie die Denkschrift und die überall im Reich beobachteten Maßnahmen beweisen, zum Generalangriff auf die Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter gewillt. In dieser ernsten Stunde erhebt der Bundesauschuß des ADGB seine warnende Stimme. Die Gewerkschaften nehmen den Kampf auf in dem Bewußtsein, daß für die kulturelle Zukunft der Masse des deutschen Volkes zu kämpfen und zu sichern haben. Die deutsche Wirtschaft kann nur dann vor gefährlichen und tiefenwühlenden Kämpfen bewahrt werden, wenn die deutschen Unternehmer endlich begreifen, daß nicht die weitere Verdrängung der Arbeiter zur Geltung führt.

Der Bundesauschuß erwartet, daß die Reichsregierung dem von der Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände an sie gerichteten Appell, durch Einwirkung auf die Schlichter und durch Verweigerung von Lohnerhöhungen an Arbeiter und Beamte des Staates zur Verabredung des Lebenshaltungskartells des deutschen Volkes beizutragen, nicht folgt, sondern im Gegenteil den Gewerkschaften in ihren dem Volkswohl dienenden Bestrebungen jeden staatlichen Schutz und Beistand gewährt.

In Sachen der Schutzollvorlage (siehe heutige Leitungs)

Die nunmehr veröffentlichte kleine Zollvorlage der Regierung steht im Widerspruch zu dem Standpunkt, der von den Vertretern der freien Gewerkschaften im Ausschluß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats vertreten worden ist. Sie ist unvereinbar mit den Lebensinteressen der großen Volksmassen. Sie geht nicht nur bei einer großen Anzahl industrieller Positionen — Eisenwaren, Holzwaren, Textilien — über die vom Zollauschuß in keinem Gutachten an die Regierung vorgeschlagenen Zollhöhen weit hinaus, sie setzt auch unangemessen hohe, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse unmittelbar belastende Agrarzölle vor, Zölle auf Vieh, Fleisch und Mehl, besonders aber die Vorkriegszölle auf Brotgetreide als Mindestzölle. Diese Zollvorlage, zum Besess erhoben, würde in ihren Auswirkungen zu einer unerträglichen Lebensverwertung der Arbeiterklasse, in weiterer Folge zur Verminderung der Kaufkraft des deutschen Volkes, zur Verhinderung eines aufnahmefähigen Inlandsmarktes, zur Beeinträchtigung der Exportfähigkeit Deutschlands führen. Zudem hat die Vereinigung der Deutschen Arbeiterverbände an Regierung und Arbeitsministerium das einseitige Erlassen gerichteter, dem Dingen der Arbeiterklasse nach einem Ausgleich ihrer Lebensverwertung mit Entschiedenheit entgegenzusetzen.

Der Ausschluß des ADGB erhebt hiermit schärfsten Einspruch gegen eine Wirtschaftspolitik, die auf der einen Seite durch Schutzölle die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verteuert, auf der anderen Seite einen Ausgleich in Form von Lohnerhöhungen ablehnen möchte. Er fordert insbesondere Zollfreiheit für alle industriellen Rohstoffe, Holzgüter und notwendigen Bedarfsgüter, ferner für Brotgetreide und alle wichtigen Lebensmittel, besonders Mehl und Kartoffeln, Schmalz und Fleisch und für alle notwendigen Futtermittel. Er richtet an Regierung, Reichsrat und Reichstag das dringliche Ersuchen, die Zollvorlage in diesem Sinne anzufassen und weiterhin Vorzüge zu treffen, daß in den Handelsverträgen nicht Judenzölle festgesetzt werden, die zur Verdrängung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung führen. Der Aufbau der Wirtschaft in Deutschland erfordert gebieterisch eine Wirtschaftspolitik, die das höchste Gut des deutschen Volkes, die Arbeitskraft, schützt und fördert.

Die Verbandsvorstände haben sich im Geist dieser Entschlieung einmütig bereit erklärt, sich an der planmäßigen Abwehr der schutzollrechtlichen Bestrebungen von Regierung, Industrie und Landwirtschaft nachdrücklich zu beteiligen und für diese Zwecke 10 % je Mitglied, insgesamt also 750.000 M., zu bewilligen.

Kampfkampf in der Holzindustrie

In der Holzindustrie ist ein außerordentlich heftiger Kampf ausgebrochen. Die Unternehmerverbände der Holzindustrie haben beschlossen, eine Aussperrung aller Holzarbeiter vorzunehmen. Diese Aussperrung, die am 13. Juni einsetzt, ist allerdings nicht in dem Maße erfolgt, wie dies die Schwarzmacher gewünscht hätten. Demnach ist dieser Beschluß bezeichnend.

Der Kampf in der Holzindustrie ist, obwohl es sich hier nur um Lohnfragen und Tarifstreitigkeiten dreht, nichts anderes als ein Ausmaß der heftigen Fehde, wie sie zwischen Kapital und Arbeit geführt wird. Die Spitze der Unternehmerverbände arbeitet seit Monaten daran, die Front der Unternehmer tadellos zu schließen. Die Deutschen, Zeitungsauflagen sind verjungen sie Regierung, Parlament und Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Senkung der deutschen Wirtschaft nur über den Weg niedriger Löhne und langer Arbeitszeit gehe. Zeitweise spricht man auch von falschen Angaben, wie die, daß der Arbeitslohn bereits mehr als 150 % über der Vorkriegszeit liege, nicht mind. Die Unternehmer sind natürlich nicht geneigt, auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern sie gehen, wo ihnen das möglich erscheint, zum Angriff über.

Es ist für den Holzarbeiterverband und darüber hinaus für die gesamte Gewerkschaftsbewegung sehr ehrenvoll, in den Augen der Arbeiter als wichtigste Sache zu gelten. Damit werden auch dem letzten Arbeiter im Lande die Augen geöffnet, was die Arbeiterklasse sein kann, wenn sie sich in den Gewerkschaften zusammenfindet. Die Unternehmer haben eigentlich an einer Stelle angefangen, wo die Organisationsberühmte im Unternehmerlager nicht vom besten Fuß. Im Holzgewerbe überwiegt noch immer der Kleinunternehmer. Es ist erklärlich, daß diese nicht so leicht unter einen Hut zu bringen sind, als beispielsweise die Unternehmer der chemischen Industrie oder anderer Industriezweige, wo der Großbetrieb vorherrscht. Neben ungenügender Wollen die Unternehmer des Holzgewerbes den Kampf gegen.

Der wichtigste Zusammenhang der Holzindustriellen wird allerdings entgegen der Erwartung, daß die Vereinigung Deutscher Arbeiterverbände bekannter sein. Hier wird man wahrscheinlich auch die Kampfbünde des Holzgewerbes bezeichnen können. Die Arbeiterklasse hat nicht alle Ursache, den Kampf der Holzarbeiter zu unterstützen zu machen und die kämpfenden Arbeiter mit allen Mitteln zu unterstützen.

Es besteht kein Grund, Kampfen dieser Art anzuzusehen. Wenn die Unternehmer den Kampf wollen, dann sollen sie ihn haben. Der

Organisationsgedanke wird dadurch gestärkt. Auch dem dümmsten Arbeiter muß bei der Schärfe solcher Konflikte einleuchten, daß mit der Gefährdung und mit Laubbelt nichts zu erreichen ist. Über auch bei dem organisierten Arbeiter muß der Gedanke lebendig werden, daß nur mit gefüllten Kassen und geschlossenen Organisationen gegen ein laumpflichtiges und stark geräusches Unternehmertum anzukämpfen ist. Wenn diese Aussperrung dieses Gefühls stärken sollte, dann werden sie weit über der Tag von Bedeutung sein. Der Kampf im Holzgewerbe ist mehr ein Vorpostengeplänkel, stärkere Kämpfe werden folgen. Wehe der Arbeiterschaft, die dann nicht gerüstet dasteht und die Schläge nicht abzuwehren vermag.

Hans Sjölinger †

Am 18. Juni wurde zu München unser altes Verbandsmitglied Hans Sjölinger zu Grabe getragen. Überaus zahlreich waren Partei- und Gewerkschaftsgenossen mit politischen und amtlichen Vertretern erschienen, um dem Verstorbenen das letzte Geleit zu geben. Die Größe der Trauerversammlung beweist, welche hohen Maß von Liebe und Achtung sich der einstige Schloßergeselle in seinem arbeitsreichen Leben erworben hat. Kollege Sjölinger war erst 53 Jahre alt, als ihn das Verhängnis ereilte. Er verstarb ziemlich plötzlich an einer Operation. Unserm Verbands gehörte er seit 1892 an, war somit eines unserer ältesten Mitglieder.

Dieser sehr beklagenswerte Todesfall bringt unsere Erinnerung jurid an die Kinderkarte unseres Verbandes, an diese an Schwierigkeiten, aber auch an Lichtblicke so reiche Zeit. Um die Jahreswende von 1894 hatte die Polizei angeblich wegen einer politischen Rede der Münchener Gewerkschaftsbewegung abermals einen schweren Schlag verfehlt. Unter anderem war auch unsere Verbandssektion der Schloßler und Maschinenbauer aufgelöst worden. Die Kollegen setzen es sich jedoch nicht verdrießen, die von der Polizeifist gefesselten Fäden wieder zu knüpfen. Mit 28 Mann bestammten wurde in einer obersieb Stube des Gambrinus in der Sendlingerstraße die aufgelöste Gruppe wieder gegründet. Bei dem Raufen und Tönen, wie man der jungen Sektion rasch zahlreichere Kraft und geistiges Leben einfließen machte sich ein junger, kleiner, schmächziger Durich durch Eifer und gesundem Sinn bemerkbar — Hans Sjölinger. Als dann einer zur Vertretung der Kasse zu wählen war, lag nichts näher, als daß der junge vertrauensgewinnende Kollege erkoren wurde. Nach kurzer Zeit jedoch mußte ein anderer Großemann gesucht werden, weil Sjölinger München mit einem Ort im Hinterland vertauschte. Dort muß es ihm indessen nicht so gut ergangen sein, als er uns bei der Abreise vorstellte; denn bald tauchte er wieder in München auf, und er ist der Stadt dann immer treu geblieben. Inzwischen war die Sektion der Schloßler und Maschinenbauer erstarkt, die anderen Fachgruppen desgleichen, die der Reichamtler dazu gekommen. So konnte man nun den stillen Wunsch, einen Kollegen anzustellen, lauter aussprechen. 1899 kam er zur Vertretung. Sjölinger wurde als Beitragskassier, anderthalb Jahre später zum Geschäftsführer erkoren. Allgemach wurde er auch mit politischen Ämtern betraut. Die Stelle als Geschäftsführer hat er bis nach dem Kriege bekleidet. Er ging dann über ins Sozialministerium, um hier weiter zu wirken.

Nun hat ihn Freund Hein abgerufen. Von Hans Sjölinger bleibt uns nur noch die Erinnerung an die Stunden der Arbeit und der Freuden, die wir mit ihm verlebten; nur noch die Erinnerung an sein jahrzehntelanges fleißiges und erfolgreiches Wirken für die uns allen gemeinsamen Sache. Und diese Erinnerung soll uns lebendig bleiben. †

Schriftenschau

Der deutsche Arbeiter in der Internationale. Von A. Bonmeister. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Neukölln. In dieser Schrift werden die Bemühungen dargelegt, die im Laufe der Jahrzehnte gemacht wurden, um das Proletariat aller Länder mit internationaler Geist zu erfüllen, und es wird auch gesagt, daß diese Bemühungen in den wichtigsten der Weltstaaten wenig erfolgreich gewesen sind. Die Erfolglosigkeit werde bezeugt durch diese und jene Vorfälle während des Krieges und nach dem Friedensschluß; als auch durch die Haltung gegenüber der Behandlung deutschen Landes oder deutscher Menschen in Österreich, Dänemark, Süditalien, Spanien, Mexiko und beim Aufbruch. In diesen und anderen Fällen hätte es nicht soweit kommen können, wenn in der Arbeiterklasse der betreffenden Länder der internationale, der sozialistische Geist lebendiger wäre. Sozialistisch im Sinne der deutschen Arbeiter sei die Arbeiterklasse der heute maßgeblichen angelsächsischen und anderer Länder keineswegs. Dem wird keiner, der die Arbeiterklasse der genannten Länder aus nächster Berührung kennt, widersprechen können. Freilich kann es auch aus reinen humanitären Gründen schwerlich schon anders sein. Um die so sehr notwendige Wandlung zu vollbringen, ist noch viel Zeit und viel mehr fleißige Aufklärung, engeres Veteinandersein, besseres gegenseitiges Verstehen unerlässlich. Wir stimmen dem Verfasser vollkommen darin zu, daß uns zunächst nur die eine viel bessere Kenntnis des Tuns und Trachtens der anderen Völker, und daß bei der Arbeiterklasse haben und drüben die Lust zum Helfen im Zustand vielmehr geweckt werden müsse. Der Verfasser hat den Finger in eine Wunde gelegt, deren Ursache und Tiefe man kennen muß, um die richtigen Mittel der Heilung wählen zu können. Und er gibt auch solche Mittel an. Der Gebrauch von Ausdrücken wie „wahre Patrioten“ und „gute Nationalisten“ in bezug auf sozialistische Arbeiter wird uns indessen etwas bedenklich erscheinen. Diese Ausdrücke sind von den Reaktionen dermaßen anrüchig gemacht worden, daß man sie nur noch auf die Reaktionen selbst anwenden sollte.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorkand Stuttgart

Mit Sonntag dem 28. Juni ist der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Juni bis 4. Juli 1925 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe geschuldet:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhöhung
	I	II	III	IV	
München	20	15	10	—	27. Woche
Dresden	10	10	10	—	27. "
Bielefeld	20	15	10	—	27. "
Hamburg	20	15	—	—	27. "
Hildesheim	20	15	10	—	27. "
Köln	10	10	10	—	27. "
Leipzig	10	10	10	—	27. "
Moskau O.-L.	10	10	—	—	27. "
Wiesbaden	20	15	10	—	27. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge

Stuttgart, Kniekrasse 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von Feilensarbeitern nach Berlin & von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd., Danziger Werft und Eisenbahnwerkstätten A.-G.) D.; nach Norwegen & L.

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; o St = Streit in Sicht; Et = Streit; R = Mahnung; Kl = Klagen; A = Ausfertigung.

Druck: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Kniekrasse 16